

BDWO e.V. Friedrichstraße 176-179 10117 Berlin

Frau Ministerin  
Annalena Baerbock  
Auswärtiges Amt  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

Berlin, den 21. März 2022

Deutsch-Russische Projekte der Zivilgesellschaft

Sehr geehrter Frau Ministerin Baerbock,

wir wenden uns mit einer dringenden Bitte an Sie und an das Auswärtige Amt:

„Wir“ sind als Bundesverband der West-Ost-Gesellschaften (BDWO) ein Zusammenschluss von mehr als 70 Vereinigungen und Initiativen, die sich seit Jahrzehnten für die Völkerverständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion einsetzen. Viele unserer Mitgliedsvereine, aber auch Mitglieder unseres Vorstands, sind stark in die Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine oder auch in Hilfe für in Russland verfolgte Kriegsgegner involviert.

Mehrere Vereine müssen sich damit auseinandersetzen, dass die Städtepartnerschaften mit russischen aber auch belarussischen Städten in Frage gestellt werden, wenn sie nicht schon auf Eis gelegt worden sind oder werden sollen. Damit bräche aber eine weitere wichtige zivilgesellschaftliche Seite des Dialogs und der „Volksdiplomatie“ weg. Das kann aber weder kurz- noch langfristig im deutschen Interesse sein und hilft auch der Ukraine nicht.

Selbstverständlich haben wir Verständnis, wenn in Ihrem Haus aufgrund der derzeitigen politischen Situation Überlegungen angestellt werden, die Förderung von Projekten auf den Prüfstand zu stellen, bei denen staatliche russische Stellen involviert sind. Unseres Erachtens sollten allerdings nicht untere lokale Ebenen als solche staatlichen Stellen angesehen werden. Die Durchführung von Projekten im schulischen, kulturellen, medizinischen und wissenschaftlichen Bereich sind oftmals nur möglich, wenn die entsprechende und angesprochene lokale und regionale Ebene mit einbezogen wird. Wenn dies nicht berücksichtigt wird, werden weite Teile der heutigen noch funktionierenden zivilgesellschaftlichen Arbeit ohne Not sinnlos zerstört werden.

Wir gehen davon aus, dass dies nicht in Ihrem Sinne ist. Von daher bitten wir Sie um eine klare Stellungnahme, auch gegenüber Ihren Beamtinnen und Beamten, die hier Entscheidungen zu treffen haben. Ganz konkret geht es dabei natürlich auch um die Zukunft von ÖPR-Projekten in der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland und Belarus.

Mit freundlichen Grüßen und mit herzlichem Dank verbleiben wir  
Bundesverband der Deutschen-West-Ost-Gesellschaften (BDWO)



Peter Franke  
Vorsitzender